

Dass alle Welt auf den US-Präsidenten und sein populistisches Nein zum Klimaabkommen von Paris schaut, wird den Erfordernissen der internationalen Klimapolitik nicht gerecht. Wir sollten jetzt eher so handeln, als ob es die USA gar nicht gäbe. Es ist jedenfalls höchste Zeit, innerhalb und außerhalb der internationalen Verträge neue Allianzen der Vernunft zu bilden.

Internationaler Klimaschutz – auch ohne Trump

Hermann E. Ott

Das Theater um den angekündigten Rückzug der USA vom Pariser Klimaabkommen hatte fast absurde Züge. Die Drähte zwischen den Hauptstädten liefen heiß, von allen möglichen virtuellen Plattformen wurde man aufgefordert, per Massenmail im Weißen Haus zu protestieren, Sondersendungen bei Phoenix und anderen Nachrichtenkanälen – die Deutsche Welle richtete sogar eine Live-Schaltung über mehrere Stunden ein, um auch wirklich jedes Gerücht durch kundige Experten kommentieren zu lassen.

Und das alles nicht, weil vielleicht die erste bemannte Marslandung zu feiern gewesen wäre, sondern weil ein US-Präsidentendarsteller vor der Wahl versprochen hatte, aus dem Pariser Klimaabkommen auszusteigen und dies nun im Rosengarten des Weißen Hauses in Washington verkündigt hat.

Wenn man dem ganzen Theater etwas Positives abgewinnen will, dann dies: Es ist wirklich gut, dass die Klimapolitik den weltpolitischen Rang erhalten hat, der ihr angesichts der immer dramatischeren Nachrichten von der Öko-front auch tatsächlich gebührt.

Dr. **Hermann E. Ott**, geb. 1961, ist Berater für globale Nachhaltigkeits- und Wohlfahrtsstrategien am Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie. Ott lehrt an der Hochschule für Nachhaltige Entwicklung in Eberswalde und gehört dem Präsidium des Umwelt-Dachverbands Deutscher Naturschutzring an.

Bild in Printausgabe verfügbar

Symbolische Unterzeichnung des Pariser Klimaübereinkommens am Tag der Erde (22. April 2016) in New York durch US-Außenminister John Kerry (mit seiner Enkelin) Quelle: wikimediacommons

Wer hätte es für möglich gehalten, dass die Ablehnung eines Umweltvertrages (mit zugegeben starken wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Komponenten) die Akteure auf der internationalen Bühne neu ordnen würde? Dass die Forderung nach unbegrenzter Nutzung von Kohle und Öl ein Land zum Paria machen würde, mit unübersehbaren Schäden für dessen „soft power“ (und vielleicht bald auch der hard power) in den internationalen Beziehungen? Ja, dass die Gemeinsamkeiten in der Umweltpolitik sogar zu einem historischen Schulterschluss der Europäischen Union mit der Volksrepublik China führen würden? In diesem Sinne ist der Hype um die Entscheidung des US-Präsidenten durchaus zu begrüßen.

40

USA bremsen von Anfang an

Allerdings sollte man gleichzeitig nüchtern die Folgen eines möglichen Ausstiegs der USA analysieren – und nach den Bedingungen fragen, unter denen die Klimapolitik auch ohne dieses Land erfolgreich sein kann. Denn die

Bild in Printausgabe verfügbar

Smog und Dunst über dem Salt Lake Valley im November 2016[Eltiemp10/wikimediacommons]

USA sind die schmerzende Wunde der globalen Klimadiplomatie seit deren Anfängen.

Seit den frühen 1990er-Jahren, also eine gefühlte Ewigkeit, werden die internationalen Klimaabkommen konsequent an den Bedürfnissen der USA ausgerichtet. Die Klimarahmenkonvention 1992, das Kyoto-Protokoll 1997 und schließlich das Pariser Klimaabkommen von 2015 sind Zeugnisse des (mehr oder weniger) fruchtlosen Versuchs, die USA mit ihrer Sucht nach fossilen Brennstoffen und der fatalen Macht der fossilen Industrie in eine globale Klimastrategie einzubinden. Doch hat dies bisher nicht dazu geführt, dass die USA eine wirklich aktive Rolle im Kampf gegen den Klimawandel eingenommen hätten.

Die schwierigsten Zeiten waren dabei häufig diejenigen, in denen demokratische Präsidenten – wie Bill Clinton und Barack Obama – einen relativ konstruktiven Kurs führen und den Eindruck erweckten, man könne mit ihnen reden. Dann aber doch klein beigeben, wie Bill Clinton, der das Kyoto-Protokoll

Bild in Printausgabe verfügbar

Mountaintop Removal mine in Pike County (Kentucky). Mountaintop removal mining (dt. Bergbau durch Gipfelabsprengung) ist eine spezielle Form des Tagebaus in den USA. Der MTR-Kohleabbau führt zu erheblichen Eingriffen in Ökologie, Natur und Landschaft. Sie manifestieren sich vor allem in einer Veränderung des Landschaftsbildes – mit gravierenden Auswirkungen für Flora und Fauna – sowie die Grundwasserqualität. (wikimediacommons)

dem Senat gar nicht erst zur Ratifizierung vorlegte und so den Siechtod dieses ersten Vertrages einleitete.

„Einfacher“ war es in diesem Sinne unter George W. Bush, der gleich zu Beginn seiner Amtszeit verkündete, er lehne das Kyoto-Protokoll ab, und so gar nicht erst falsche Hoffnungen weckte. Und einfacher ist es insofern auch unter Donald Trump.

Doch die unmittelbaren Folgen des angekündigten Ausstiegs aus dem Paris-Abkommen sind ohnehin gering, denn eine Kündigung dieses Klimavertrages ist erst drei Jahre nach dem Inkrafttreten möglich und braucht dann noch ein weiteres Jahr, um wirksam zu werden. Bis November 2020 sind die USA also in jedem Fall Vertragspartei.

42

Etwas anderes gälte dann, wenn die USA die große „Bombe“ gezündet und auch den „Muttervertrag“ gekündigt hätten – die UN-Klimarahmenkonvention. Dies hätte bereits nach einem Jahr die Mitgliedschaft in beiden Verträgen beendet.

Bild in Printausgabe verfügbar

Das David L. Lawrence Convention Center in Pittsburgh, ein Musterbeispiel für den gelungenen Strukturwandel der ehemaligen Schwerindustriemetropole zu einer Erfinderstadt, die sich das Ziel gesetzt hat im Jahr 2035 ausschließlich „Clean Energy“ zu nutzen. (TheZachMorrisExperience/wikimediacommons)

Es wäre auch aus einem weiteren Grund die Entscheidung mit dem größtmöglichen Schaden gewesen: Sie hätte die USA auf unabsehbare Dauer aus dem Klimaregime ferngehalten, weil es sehr unwahrscheinlich wäre, dass eine erneute Ratifizierung durch den Senat erfolgt. Die Kündigung des Pariser Klimaabkommens dagegen kann jederzeit durch eine einfache Erklärung des nächsten Präsidenten rückgängig gemacht werden.

„Neuverhandlungen“ kann es nicht geben

Beunruhigend wirkte die Ankündigung, dass Trump von „Neuverhandlungen“ gesprochen hat. Nicht weil er damit kundtut, dass er keine Ahnung von diesem Vertrag hat – sondern weil anscheinend auch seine Berater keine Ahnung haben. Denn die Zusagen im Pariser Klimaabkommen (beziehungsweise im begleitenden Material) sind ja überhaupt nicht „verhandelt“ worden, sondern waren einseitige Versprechungen. Die Forderungen nach Neuverhandlungen sind deshalb ohne Weiteres als das zu bezeichnen, was im Prinzip den ganzen Trump ausmacht: rhetorische Nebelkerzen eines Marktschreiers ohne jede tatsächliche Grundlage.

Bild in Printausgabe verfügbar

Beijing: klare Luft nach Regenfall und Smog bei sonnigem Wetter (bobak/wikimediacommons)

Doch jenseits dieser juristischen Spitzfindigkeiten muss uns eines am allermeisten interessieren: Wie können wir es verhindern, dass eine Strategie zum Schutz für Milliarden heute und zukünftig lebender Menschen an der Steinzeitpolitik einer Regierung scheitert?

Dabei gilt es die wohlfeile Einstellung zu überwinden, ohne die USA sei der Klimaschutz überhaupt nicht zu machen und deshalb müsse man sie auf Biegen und Brechen einbinden. Das ist, mit Verlaub, Unsinn.

Natürlich braucht es irgendwann auch die USA, um den Ausstoß von Treibhausgasen auf null zu bringen. So weit, so logisch. Aber wer die Teilnahme der USA (oder Chinas) zur Voraussetzung für alle anderen macht, der handelt wie jemand, der sagt: „Frieden schließe ich nur, wenn alle anderen mitmachen.“

Mehrheitsentscheidungen möglich machen

Wer so agiert, beraubt sich selbst eines möglichen Erfolgs. Denn wer Fortschritte will, muss auch bereit sein, sie zunächst (vielleicht sogar mit wirtschaftlichen Opfern) selbst in Gang zu setzen, unabhängig davon, ob alle mitmachen.

Doch die mit fadenscheinigen ökonomischen Argumenten vorgebrachten Widerstände gegen Pionier-Allianzen sind durchaus stark. Und sie werden gestützt durch eine juristische Konstruktion der Verträge, die den USA im Grun-

de eine Art von Vetorecht verleiht. Denn aufgrund saudischer (!) Widerstände gegen Mehrheitsentscheidungen herrscht seit 1994 in den internationalen Klimaverhandlungen ein Zwang zum Konsens. Insbesondere starke Staaten besitzen demnach ein faktisches Vetorecht und können jeden Fortschritt blockieren.

In der Vergangenheit wurde das schon mehrfach verglichen mit einer Gruppe von Heroin-Abhängigen, die von der Droge loskommen wollen – aber Maßnahmen des Entzugs nur dann akzeptieren, wenn wirklich alle immer bei jeder Gelegenheit zustimmen. Eine solche Konstruktion kann nur schwerlich erfolgreich sein.

Die jeder Vernunft spottende Politik des neuen US-Präsidenten kann also den Blick dafür weiten, dass Fortschritte im Klimaschutz nur mit der Option von (qualitativen) Mehrheitsentscheidungen zu erreichen sein werden, selbst wenn ein Vertrag so schwach und unbestimmt ist wie das Klimaabkommen von Paris.

Die Klimaziele der Staaten waren auch vorher schon zu schwach. Meiner Meinung nach ist es also fast schon egal, wie Donald Trump sich entschieden hat. Ob er nun den Rückzug aus dem Paris-Abkommen antritt oder ob er sich entschlossen hätte, die Klimapolitik von „innen“ heraus zu sabotieren. Er öffnet allen anderen – er eröffnet uns – die Einsicht, dass die Zukunft der Menschheit nicht von einem oder wenigen Staaten abhängig sein darf.

Es ist also höchste Zeit, innerhalb und außerhalb der internationalen Verträge Allianzen der Vernunft zu bilden. Die freiwilligen Beiträge zum Klimaschutz sind bisher ohnehin unzulänglich und müssen so oder so verstärkt werden. Der Rückzug der USA reißt dabei nur eine Lücke, die nun von anderen Staaten mit ehrgeizigerer Politik wettgemacht werden muss.

In diesem Sinne könnte Donald Trump das unwissende und unwillige Werkzeug der Geschichte sein, das unfreiwillig dafür sorgt, dass die Welt jetzt wirklich ernst macht mit dem Klimaschutz.

Schwerpunkt „Populismus“

Ulrich Sarcinelli Zur Glaubwürdigkeit von Politik und Medien in postfaktischen Zeiten	4
Wolf Scheller George Orwells „1984“ Neuentdeckung eines Klassikers in der Ära Trump	20
Georg Seeßlen Kleine Skizze für eine kulturelle Studie des Populismus	26
Hermann E. Ott Internationaler Klimaschutz – auch ohne Trump	38
Florian Hartleb Trumpetisierung Der neue Populismus als Folge einer medialen Parallelöffentlichkeit	46
Melani Barlai Das „System Orbán“ Spiel mit den alten Feindbildern	58

Inhalt

Wissenswelten

Vom Spezial- zum Interdiskurs Zur Problematik der Aufarbeitung wissenschaftlicher Erkenntnisse für die Öffentlichkeit	
Laura Münkler und Hauke Marquardt	72
Entgrenztes Leben – Arbeit 4.0	
Karlheinz Sonntag	80
Matrose auf dem Mast	
Aurora Luque	90

Wissenswertes

Bücher/Medien 100 – Töne xxx – Film xxx – Allerletztes 111 – Impressum 112 – Cartoon **Freimut Wössner**